



POLIZEIGEWERKSCHAFT
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES

1010 Wien, Herrngasse 7, Tel. 01/53126-3452, E-Mail: polizeigewerkschaft@goed.at

Wien, am 24. April 2024

Vizekanzler Kogler plant Besoldungsreform für öffentlichen Dienst

Quelle: <https://orf.at/stories/3354922/>

DIE POLIZEIGEWERKSCHAFT ERTEILT DEN MEDIALEN ÜBERLEGUNGEN DES HERRN VIZEKANZLERS FÜR DIE EXEKUTIVE EINE ABFUHR

Der für den öffentlichen Dienst zuständige Vizekanzler Werner Kogler (Grüne) arbeitet an einer umfassenden Besoldungsreform.

Ziel ist eine deutliche Steigerung der Einstiegsgehälter und eine Abflachung der Gehaltskurve, wird aus seinem Büro medial bestätigt.

Zuvor hatten die „Salzburger Nachrichten“ über die Pläne berichtet. Derzeit liefen Gespräche mit dem Koalitionspartner ÖVP und der Gewerkschaft, hieß es. Unklar ist aber, ob sich die Reform noch vor der Wahl ausgeht.

- ✓ Durch die **geplante Reform soll das Entlohnungssystem für Vertragsbedienstete sowie Beamtinnen und Beamte modernisiert werden.**
- ✓ Konkret ist **eine signifikante Erhöhung der Einstiegsgehälter** um bis zu **neun Prozent** und eine flachere Steigerung in der weiteren Laufbahn geplant.
- ✓ Zudem sollen **die unterschiedlichen Berufsgruppen in einem gemeinsamen Gehaltsschema abgebildet werden**, hieß es.
- ✓ Gelten soll das neue Dienstrecht **nach den Plänen Koglers für alle Neueinsteigerinnen und Neueinsteiger im öffentlichen Dienst.**
- ✓ Bestehenden Bediensteten **soll es freistehen**, in das neue System zu wechseln oder im alten zu bleiben.

Nach Schätzungen des BMKÖS könnten im gesamten öffentlichen Dienst ca 30.000 Bedienstete von der Möglichkeit Gebrauch machen und ins neue Gehaltsschema wechseln.

Dazu dürften rund 15.000 bis 20.000 Personen kommen, die in den kommenden fünf Jahren neu rekrutiert werden. Zu den Kosten der Reform wollte das Ministerium mit Verweis auf die laufenden Gespräche keine Angaben machen.

Die Polizeigewerkschaft stellt dazu ganz klar fest:

- Auch wir sind für ein verbessertes modernes Gehaltsschema
- Auch wir denken in die Zukunft
- Wir haben aber auch das bestehende Personal für die Zukunft bestmöglich zu vertreten
- Für die Zukunft darf es keine drohende Verschlechterung der Lebensverdienstsumme im Exekutivbereich durch diese Reform geben
- Ein neues Besoldungsschema muss auch künftig die unvergleichlichen Aufgabenfelder und Belastungen der Polizeibediensteten wertschätzend abbilden
- In der Zukunft dürfen keine 2 Klassen im Krankenstand geschaffen werden (unterschiedliche Bezahlung)
- Die Forderung nach einem eigenen Abschnitt für die Exekutive im BDG und im Gehaltsgesetz bleibt aufrecht

Es darf daher nicht zu einer Vereinheitlichung verschiedener Berufsgruppen in einem gemeinsamen Gehaltsschema kommen, ohne die speziellen Herausforderungen und Leistungen der Polizei zukunftsweisend in einer entsprechend wertschätzenden Bezahlung abzubilden.

Das bestehende Personal hat in den vergangenen Jahrzehnten unglaubliches für dieses Land geleistet und war dabei stets einer enormen Überstunden- und Mehrdienstbelastung ausgesetzt, daher wird eine Besoldungsreform nur akzeptiert werden, wenn sie einen Mehrwert bringt.

GEWERKSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT SCHAFFT STÄRKE UND VERTRAUEN

Mit gewerkschaftlichen Grüßen



Hermann GREYLINGER
Vorsitzender-Stv.



Martin Heinzl
Vorsitzender



Alfred ISER
Vorsitzender-Stv.